

## IG Metall will Volk befragen

Obwohl das geltende Recht ein derartiges Plebiszit auf Bundesebene nicht vorsieht, will die IG Metall das Volk über die „Rente mit 67“ entscheiden lassen. Die gestiegene Erwerbsquote sei kein geeigneter Maßstab, argumentiert die Gewerkschaft.

Von Kerstin Schwenn, Berlin



„Blödsinn“: Die IG Metall wendet sich gegen das hohe Rentenalter, hier mit Buttons

bei einer Demonstration im August

27. Oktober 2010

Die Gewerkschaft IG Metall will über die „Rente mit 67“ das Volk entscheiden lassen. Sie wendet sich gegen das Vorhaben der Regierungskoalition, wie geplant im Jahr 2012 mit der schrittweisen Heraufsetzung der Altersgrenzen zu beginnen. „Die Bevölkerung hat ein Recht darauf, dass der für Mitte November angekündigte Bericht der Bundesregierung über die Lage Älterer auf dem Arbeitsmarkt von einer neutralen Kommission überprüft wird“, sagte das geschäftsführende IG-Metall-Vorstandsmitglied Hans-Jürgen Urban in Berlin.

Danach solle dann das Volk zur Rente mit 67 befragt werden. Das geltende Recht sieht ein solches Plebiszit allerdings auf Bundesebene nicht vor. Urban sagte dazu, es gehe mehr um politische Meinungsbildung als um juristische Fragen. Mehrere hundert Gewerkschafter demonstrierten am Mittwoch vor dem Bundesarbeitsministerium gegen die Rente mit 67. Sie sei letztlich eine Rentenkürzung, weil nur wenige Arbeitnehmer die Chance hätten, über das Alter von 65 Jahren hinaus zu arbeiten.

Die IG Metall halte die Voraussetzungen für die Rente mit 67 nicht erfüllt. „Die gestiegene Erwerbsquote von Personen zwischen 55 und 64 Jahren, die Union und FDP als Begründung für ihr Festhalten an den alten Plänen anführen, ist kein geeigneter Maßstab.“ Denn die Quote allein sage nichts über die Art der Erwerbstätigkeit. Von den arbeitenden Älteren sei - da man Beamte, Selbständige und Freiberufler ausnehmen müsse - nur die Hälfte sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Davon wiederum arbeite die Hälfte in Teilzeit, als Leiharbeiter oder sei befristet beschäftigt.